

Wicklung sind, z. B. in der Hinsicht, daß sich unsere Wirtschaft krisenfrei entwickelt. Andererseits läßt der Arbeiter-und-Bauern-Staat die kapitalistischen Bäume in der DDR nicht in den Himmel wachsen. Auf keinen Fall kann die staatliche Beteiligung den Privatunternehmern dazu verhelfen, Monopolkapitalisten zu werden. Die in der DDR tätigen privaten Unternehmer sind als kapitalistische Klasse nicht im Besitz der Staatsgewalt. Diese gehört den Arbeitern und Bauern. Das ist die entscheidende Frage. Die Produktionskapazität der Privatbetriebe und die fachlichen Kenntnisse der privaten Unternehmer, soweit sie volkswirtschaftliche Bedeutung haben, sind im Interesse qualitativ stetig wachsender Versorgung der Bevölkerung wichtig.

Eine Reihe solcher Auffassungen, äußert sich in Ungeschicklichkeiten und in Bevormundung der Unternehmer. Dör BGL-Vorsitzende der Firma Gebr. Kreise in Krauschwitz, Genosse Hübner, stellte sich frühmorgens an das Fabriktor und erklärte dem Unternehmer: „Sie sind jetzt ein Teil der Belegschaft und haben die Arbeitszeit genauso einzuhalten wie jeder Arbeiter. Deshalb haben Sie auch in Zukunft pünktlich am Arbeitsplatz zu sein.“

Die tiefere Ursache solcher Einstellung mancher Arbeiter und Funktionäre in den Privatbetrieben mit staatlicher Beteiligung liegt darin begründet, daß das neue Verhältnis zum Leiter des halbsozialistischen Betriebes noch nicht klar ist. Dies schafft eine komplizierte Lage bei der Durchsetzung der volkswirtschaftlichen Nutzung der kapitalistischen Initiative und erschwert die Überzeugungsarbeit unter den Belegschaften. Die Gewinnung fortschrittlicher Schichten der Privatunternehmer für eine staatliche Beteiligung und ihre Um-erziehung wird gehemmt.

Von den staatlichen Verwaltungsstellen ist zu fordern, daß sie unbürokratisch an das Problem herangehen und sich dabei unbedingt auf die Arbeiterklasse der Privatbetriebe, auf die Parteimitglieder und die Betriebsgewerkschaftsleitungen stützen.

Um hier einen Wandel zu schaffen, müssen die leitenden Parteiorgane mit der ideologischen Erziehung in den Parteiorganisationen, in den Gewerkschaften und im Staatsapparat beginnen, damit die Arbeiterklasse den tiefen Sinn der Direktive der 3. Parteikonferenz verstehen lernt und erkennt, daß die staatliche Beteiligung an Privatbetrieben ein weiterer Schritt beim Aufbau des Sozialismus ist. Dieser Schritt, der den gemeinsamen nationalen Interessen der Arbeiterklasse und der Mittelschichten dient, sollte Gegenstand von Beratungen im Demokratischen Block sein. Eine weitere Aufgabe der leitenden Parteiorgane muß es sein, in den Privatbetrieben mit staatlicher Beteiligung, wo es noch keine Parteiorganisationen gibt, die politischen Positionen der Partei durch Gewinnung von Kandidaten auszubauen. Wo bereits Parteiorganisationen bestehen, müssen sie über die Genossen in den Gewerkschaften ihren Einfluß geltend machen, um das Kontrollrecht der Arbeiterklasse zu verwirklichen.

Die 3. Parteikonferenz gab den Werktätigen eine wichtige Orientierung für die weitere Gewinnung der Mittelschichten für den Aufbau des Sozialismus und für die friedliche Lösung der deutschen Frage. Es gilt jetzt, diese Linie mit Umsicht und Zielstrebigkeit zu verwirklichen.

Tiermann Ehrharat  
Herbert Rutschke